Freie Demokraten im Hessischen Landtag

NACHTRAGSHAUSHALT

09.07.2014

Anlässlich der heutigen Sitzung des Haushaltsausschuss und der Beratung der Änderungsanträge erklärt der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag Jörg-Uwe HAHN: „Mehr Geld für den Landesstraßenbau, mehr Geld für die Kommunen zur Unterbringung der Asylbewerber und die Absenkung der Grunderwerbsteuer auf 3,5 % sind die Änderungsvorschläge der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag. Mit unseren Änderungsanträgen setzen wir die politischen Schwerpunkte, für die Schwarz-grün offenbar keine Kraft hat.“

Hahn weiter:

„Mit den zusätzlichen 15 Mio. € im Landesstraßenbau wollen wir die Umsetzung aller von Ministerpräsident Bouffier sowie CDU und FDP versprochenen Landesstraßenbauprojekte schnell ermöglichen. Nach der Ablehnung unseres Antrags zur Aufhebung der Liquiditätssperre geben wir der CDU mit unserem Antrag erneut die Gelegenheit, ihre Versprechen einzulösen. Leider sind durch die Verzögerungen der Koalition bereits einige Projekte in diesem Jahr nicht mehr umsetzbar. Deshalb hat die FDP zusätzliche 27 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen für 2015 eingestellt. Nur so kann sichergestellt werden, dass die verschobenen Projekte auch spätestens im nächsten Jahr vollendet werden können. Da Schwarz-grün solche Änderungen bislang nicht vorsieht, gehen wir davon aus, dass auch 2015 nicht alle Projekte umgesetzt werden sollen. Das wäre ein fortgesetzter Wortbruch des Ministerpräsidenten und der CDU-Fraktion.

Auch bei der Asylpolitik hat die Landesregierung im vorgelegten Nachtrag ihre Versprechen nicht gehalten. Die von CDU und Grünen vorgelegten Erhöhungen sind nicht geeignet das Defizit der Kommunen zu decken, das durch die Erfüllung einer Landesaufgabe bei der Unterbringung von Asylbewerbern entsteht. Die von der FDP zusätzlich beantragten 60 Mio. € sind nach Berechnung des Landkreistages das

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=1082

Finanzierungsdefizit, was bei Beschluss des schwarz-grünen Nachtrags entstehen würde. Wir wollen, dass sich die Kommunen Gedanken um gelungene Integration vor Ort machen, statt sich mit dem Land um die Kosten für die Unterbringung zu streiten. Das sollte politischer Konsens sein.

Dritter Schwerpunkt ist die Finanzierung der bereits eingebrachten Gesetzesänderung zur Absenkung der Grunderwerbsteuer. Die geplante Erhöhung der Koalition auf 6 % ist ein Anschlag auf die Bildung von Wohneigentum zur Altersvorsorge. Gerade junge Familien werden so erheblich zusätzlich belastet. Die FDP hat bei der Anhörung für ihren Gesetzentwurf Unterstützung von fast allen Sachverständigen mit Ausnahme des DGB erhalten. Alle Experten sehen die Gefahr, die die weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer für die Entwicklung des Wohnungsbaus bedeutet. Die Koalition scheint aber trotz massiver Spielräume im Haushalt, die der Finanzminister im Haushaltsauschuss auf bis zu 200 Mio. € beziffert hat, an ihrer falschen Steuerpolitik festzuhalten. Auch hier begeht die CDU Wortbruch, indem sie Steuern erhöht, obwohl vor der Wahl jegliche Steuererhöhung kategorisch ausgeschlossen wurde.

In den letzten Jahren hat die schwarz-gelbe Landesregierung erhebliche Einsparungen im Haushalt geleistet, die im letzten Jahr Haushaltsverbesserungen von 973 Mio. € ermöglichten. Deshalb halten wir es für gerechtfertigt, bei den Zinsaufwendungen, den Rücklagen und den bereits sich andeutenden Minderausgaben entsprechende Luft aus dem Haushalt zu lassen, um die Schwerpunkte der FDP solide gegen zu finanzieren. Finanzminister Schäfer hat bereits im Ausschuss dargelegt, dass Minderausgaben von bis zu 200 Mio. € vorhanden sind. Die Kritik von Herrn Kaufmann daran diese für kluge Investitionen zu nutzen, läuft daher völlig fehl. Die Landesregierung hat mit dem Nachtragshaushalt keinerlei Sparwillen oder politischen Gestaltungswillen gezeigt. Offenbar ist es leichter einfach an der Steuerschraube zu drehen, als sich Gedanken um die Zukunft des Landes zu machen.“

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=1082